

Vortrag an den Ministerrat

Strategie der Bundesregierung für die Errichtung einer Austrian School of Government

Eine gute und spezifische Ausbildung von Mitarbeiter:innen ist die Basis einer soliden und sicheren Zukunft. Der Bund als größter Arbeitgeber des Landes hat mit einem Akademiker:innen- und Maturant:innenanteil von 50 Prozent gegenüber 37,3 Prozent in der Privatwirtschaft, einen überdurchschnittlichen Anteil höher qualifizierter Mitarbeiter:innen. Er sieht sich vielfältigen Aufgabenbereichen, einer zunehmend hochspezialisierten, dynamischen, komplexen und heterogenen Ausbildungsanforderung, digitaler Transformation sowie dem Höhepunkt der Pensionierungswelle (bis 2032 werden rund 48 % des bestehenden Personals aufgrund von Pensionierungen ausscheiden) gegenüber. Ähnlich ist die Situation auch in anderen europäischen Ländern, wo teilweise bereits an strategischen Reformen der Ausbildungsstruktur gearbeitet wird (Frankreich, Deutschland).

Die österreichischen – und europäischen - Verwaltungen stehen somit vor einem dreifachen Anspruch:

- (1) Bewältigung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen
- (2) Anpassung der Bereitstellung öffentlicher Dienste an demografische, technologische und soziale Veränderungen und Herausforderungen wie insbesondere auch die Klimakrise; Bereitstellung der öffentlichen Dienste zur Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichem Zusammenhalt und
- (3) Kontinuierliche Verbesserung der eigenen Rahmenbedingungen, um effizienteres und effektiveres Verwaltungshandeln zu ermöglichen.

Um diesen neuen Herausforderungen gerecht zu werden sowie den Wissenstransfer an die nächste Generation sicherzustellen, wird dieses Projekt zur Konzipierung einer möglichen Austrian School of Government im Sinne des Regierungsprogrammes (vgl. Regierungsprogramm 2020-2024, S. 308) gestartet:

In Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen wie dem Complexity Science Hub Vienna, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, dem Austrian Institute of Technology, sowie in Kooperation mit den Bildungseinrichtungen des Bundes und der Länder soll die Austrian School of Government etabliert werden, um „gemeinsame Standards in der Aus- und Weiterbildung der allgemeinen Verwaltung ebenso sicherzustellen, wie fachspezifische Ausbildungen“ (Regierungsprogramm 2020-2024, S. 308).

Das Ziel der Austrian School of Government ist, die Grundlagen für die Sicherung einer professionellen, aktiven und durchlässigen Verwaltung zu leisten. Der Schwerpunkt bei der Auslotung von organisatorischen Möglichkeiten sowie bestehenden Bedarfen und anzustrebenden Kooperationen liegt auf dem tertiären Bildungsbereich, wo insbesondere die Optionen der neu geschaffenen hochschulischen Weiterbildung (BA professional und BA continuing education) genutzt werden.

Im Sinne der Beauftragung und Analyse von Studien, dem Formulieren von Curricula und Leitlinien, ist die Austrian School of Government als serviceorientierte Plattform organisiert, die allen Bildungseinrichtungen des Bundes und der Länder zur Verfügung steht. Sie beauftragt und untersucht Bedarfs- und Trendanalysen und formuliert evidenzbasierte Empfehlungen und Richtlinien zur Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter:innen und Führungskräfte des Öffentlichen Dienstes. Sie fungiert als Vermittlerin an der Schnittstelle zwischen den Bildungseinrichtungen des Öffentlichen Dienstes und dem tertiären Bereich. Durch akkordierte Aktivitäten und Projekte werden die Tätigkeiten der Austrian School of Government dem Entwicklungsanspruch des Öffentlichen Dienstes gerecht.

Konkrete Säulen der Austrian School of Government:

1. Kooperation mit den Verwaltungsakademien der Ressorts und Länder sowie mit bildungsnahen Wissenschaftspartner:innen. Die Verwaltungsakademien agieren unabhängig von der Austrian School of Government und profitieren von ihr durch eine gemeinsame Wissensbasis, die Möglichkeit einzelne Curricula abzustimmen und wechselseitig zu nutzen. Bildungsnaher Wissenschaftspartner:innen sind durch einen stetigen und strukturierten Austausch eingebunden, Ressourcen in bestehenden Trägerlandschaften iS von Universitäten und Verbänden, sind optimal genutzt.

2. Systematische Umsetzung von Ausbildungsbedarfen im Bereich Personal Bund/Öffentlicher Dienst und Trendanalysen hinsichtlich der Berufsentwicklungen.
3. Konsequentes Qualitätsmonitoring und externe Evaluierungen der Aus- und Weiterbildungsinhalte durch ergebnis- und wirkungsorientierte Steuerung.

Im Sinne des o.a. Projektauftrages wird nach Abschluss des Projekts per August 2023 zum detaillierten Konzept ein Implementierungsplan für die Austrian School of Governance vorgelegt.

Nach dem vorliegenden Projektauftrag ist mit keinem finanziellen Mehraufwand für die Ressorts zu rechnen. Allfällige Projektkosten sowie durch das Projekt entstehende budgetäre Auswirkungen sind in den geltenden Budgetansätzen des einbringenden Ressorts zu bedecken.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

1. Dezember 2021

Mag. Werner Kogler
Vizekanzler